

N i e d e r s c h r i f t

SOZ/016/2007

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Sozialausschusses der Stadt Rheine
am 28.08.2007**

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 16:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Ellen Knoop SPD

Mitglieder:

Frau Christel Brachmann	CDU
Frau Christa Gieseke	CDU
Herr Alfred Holtel	FDP
Herr Dr. Dietrich Kühn	SPD
Frau Barbara Meinert	SPD
Herr Wilhelm Stegemeyer	CDU
Herr Friedel Theismann	CDU
Frau Annette Tombült	CDU
Herr Hartmut Wehr	CDU
Herr Ludger Winnemöller	CDU

Vertreter:

Herr Frank Hemelt	SPD	Vertretung für Herrn Antonio Berardis
Frau Monika Lulay	CDU	Vertretung für Herrn Norbert Dörnhoff
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Frau Iris Rieke

beratende Mitglieder:

Frau Anna Hölzen
Herr Heinz Thalmann

Vertreter:

Frau Larissa Friesen	Vertretung für Frau Vivien Schöpker
Frau Irene Lüke	Vertretung für Herrn Horst Erle

Gäste:

Herr Werner Althoff
Herr Dr. Hollwitt

Verwaltung:

Frau Angelika Hake
Herr Bernd Kocks
Herr Hubert Lammerding
Frau Ute Ehrenberg
Herr Ludger Schöpfer
Herr Henrik Mersch

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Herr Antonio Berardis	SPD
Herr Norbert Dörnhoff	CDU
Frau Iris Rieke	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

beratende Mitglieder:

Herr Horst Erle
Frau Vivien Schöpker

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt Frau Knoop vor, den nichtöffentlichen Teil der Sitzung von der Tagesordnung zu nehmen, da seitens der Verwaltung kein Bericht und keine Informationen vorliegen. Die Niederschrift Nr. 14 über die nichtöffentliche Sitzung am 15.05.2007 wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag einstimmig zu.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung am 15.05.2007

I/A/0110

Änderungs- und Ergänzungswünsche zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden nicht vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 15.05.2007 gefassten Beschlüsse

I/A/0124

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

Antrag der SPD-Fraktion zur speziellen Technikausstattung der neuen Stadtbibliothek

Zwischen der Sehbehinderten- und Blindeninitiative Rheine und der Koordinierungsstelle für die Behindertenarbeit im FB 2 hat es am 12. Juni 2007 ein Austauschgespräch über behinderungskompensierende Techniken und Technologien für Computer gegeben, die nicht nur für sehbehinderte oder blinde Menschen oder Personen mit Sehschwäche zu nutzen sind, sondern ergonomisch und barrierefrei händelbar auch für körperbehinderte Nutzerinnen und Nutzer, außerdem für den älteren Personenkreis.

Detaillierte Fachinformationen hat die Stadtbibliothek erhalten, Informationen über Geräte und Software sind eingeholt worden, Die Beschaffung wird in den nächsten 6 Wochen erfolgen.

Ergebnis einer Anfrage beim Versorgungsamtes- Münster ist, dass in Rheine 112 blinde Personen und 41 Personen mit Sehbehinderung bekannt sind.

3. Informationen

I/A/0280

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

Umsetzung des SGB II im Kreis Steinfurt

Mit dem ersten Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des SGB II für das Land NRW von 19.06-2007 wurde zur Kostenbeteiligung der Städte und Gemeinden im § 5 die bisherige "Einvernehmensregelung" durch eine "Benehmensregelung" ersetzt. Das heißt, dass zugelassene Kreise durch Satzung im Benehmen mit den kreisangehörigen Gemeinden eine andere goutale Verteilung der Aufwendungen bestimmen können, wenn die Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden 50 % nicht überschreitet. Dieser Teil des Änderungsgesetzes tritt am 01.01.2008 in Kraft.

Von dieser Möglichkeit will der Kreis Gebrauch machen und schlägt deshalb vor, die seinerzeit am Veto einer Stadt gescheiterte einvernehmliche Regelung nunmehr im Benehmen mit den Städten und Gemeinden als Satzung zu beschließen.

Zur Herstellung des Benehmens werden die Städte und Gemeinden über die Absicht des Kreises mit der Möglichkeit der Stellungnahme informiert.

Mit gleichem Änderungsgesetz hat das Land auch den Belastungsausgleich durch die Weitergabe der Wohngeldentlastung neu geregelt. Von dieser Neuregelung profitiert der Kreis Steinfurt durch Mehreinnahmen gegenüber der Veranschlagung im Haushalt 2007 im Umfang von rd. 2,8 Mio €. Im Wege der z. Zt. geltenden 50 %igen Kostenbeteiligung der Städte und Gemeinden will der Kreis davon rd. 1,4 Mio € auf deren Leistungen anrechnen.

Nach Auffassung der Stadt Rheine und anderer Kommunen im Kreis Steinfurt muss die erhöhte Landeserstattung in vollem Umfang den Kreisumlage zahlenden Städten und Gemeinden im Kreis Steinfurt zugute kommen. Dieses ist allein schon dadurch sachlich geboten, dass die Städte und Gemeinden im Kreis die Belastungen durch die Arbeitsmarktreform vollständig über die Kreisumlage und einen eigenen 50 %igen Anteil finanzieren. In dieser Frage finden z. Zt. auf Bürgermeisterebene Gespräche mit dem Landrat statt.

Dieser Argumentation hält der Kreis zusätzliche belastende Faktoren entgegen:

Die Verwaltung hatte bereits in der Vorlage zur Sitzung des Sozialausschusses am 20. März 2007 darüber informiert, dass sich der Bund und mehrere Optionskommunen über die Methode zur Anrechnung des Einkommens streiten. Nunmehr liegt höchstrichterliche Rechtsrechnung in dieser Frage vor, nach der die Bestimmungen des SGB II im Sinne der vom Bund eingeforderten Einkommenanrechnungsmethode auszulegen sind.

Deshalb ist der Kreis Steinfurt gezwungen, die Einkommensanrechnungsmethode zum 01.09.07 umzustellen. Durch diese Umstellung werden Mehrkosten von rd. 800.000 € im Kreis Steinfurt für den Rest des Jahres anfallen. Für die Vergangenheit wird der Bund Erstattungsforderungen gegenüber dem Kreis geltend machen. Es ist mit Nachforderungen von rd. 856.000 € für 2005 und rd. 1,1 Mio. € für 2006 zu rechnen. Die Erstattungsbeträge werden das Haushaltsjahr 2007 belasten.

Im Ergebnis aller Veränderungen ergeben sich für den Kreis Steinfurt dennoch Minderausgaben von rd. 890.000 € gegenüber der Haushaltsplanung 2007, die im Wege der Kostenbeteiligung mit rd. 1,15 Mio. € direkt an die kreisangehöri-

gen Städte und Gemeinden gehen und mit rd. 260.000 € den Kreishaushalt belasten.

Der Landrat hat den Hauptverwaltungsbeamten eine neuerliche Prüfung in der Angelegenheit zugesagt und wird das Ergebnis in den nächsten Tagen mitteilen.

Überbauung der Stellplatzanlage Stadthalle mit einer Altenhilfeeinrichtung

Am 06. Sept. 2007 beginnen die Bauarbeiten zur Errichtung einer Altenhilfeeinrichtung an der Stadthalle mit dem ersten Spatenstich.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

I/A/0750

Frau Friesen berichtet über die Arbeit des Integrationsrates.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

I/A/0830

Herr Thalmann berichtet über die Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

I/A/1175

Frau Lücke berichtet über die Arbeit des Seniorenbeirates.

7. Informationen aus dem Familienbeirat

I/A/1380

Frau Hölzen berichtet über die Arbeit des Familienbeirates.

8. Vorstellung einer geplanten Seniorenwohnanlage Hemel- terstraße/Kardinal-Galen-Ring Vorlage: 370/07

I/A/1620

Frau Ehrenberg führt in das Thema ein und erläutert die wichtigsten Punkte der Vorlage. Sie weist daraufhin, dass es seit der Verabschiedung des Landespflegegesetzes im Jahre 2003 keine Bedarfsbestätigung des Kreises Steinfurt mehr gibt. Außerdem existieren im Kreis Steinfurt auch keine Pflege- bzw. Altenhilfe-

planungen, die Auskunft über den Bedarf an Pflegeeinrichtungen geben. Frau Ehrenberg befürchtet, dass aufgrund sinkender Auslastungsgrade die Qualität der Pflege leiden könnte.

Herr Rottkamp vom Architekturbüro Gehring, Vos und Rottkamp erläutert anhand der als Anlage 1 beigefügten Folien die bauliche Gestaltung der geplanten Seniorenwohnanlage. Er geht davon aus, dass die Baugenehmigung am 29.08.2007 vorliegt. Der Baubeginn soll zeitnah erfolgen.

Entgegen den Angaben in der Vorlage sind nunmehr lediglich 80 Pflegeplätze geplant.

Herr Gutberlet ist als freier Projektentwickler für die Betreiberfirma Senator Beteiligungsgesellschaft aus Lübeck tätig und erläutert das Konzept der geplanten Seniorenwohnanlage. Er geht dabei insbesondere auf die Notwendigkeit zusätzlicher Altenpflegeplätze ein und stellt heraus, dass aus seiner Sicht ein privater Betreiber besser in der Lage sei, die notwendigen Dienstleistungen zu erbringen.

Frau Brachmann äußert die Sorge, dass über Bedarf Pflegeplätze errichtet werden und die Qualität unter dem Wettbewerbsdruck leidet.

Aus Sicht von Herrn Reiske werden bei der Seniorenwohnanlage lediglich Mindestanforderungen erfüllt, die einer optimalen Versorgung der alten Menschen nach heutigen Erkenntnissen nicht entgegenkommen.

Herr Dr. Kühn merkt neben der Bedarfsproblematik an, dass in der vorliegenden Planung ein zu kleiner Garten berücksichtigt wurde, der insbesondere für Demenzzranke wichtig ist. Weiterhin ist die Abgrenzung bzw. der Übergang zur Straße nicht optimal gelöst. Herr Dr. Kühn äußert die Sorge, dass beim vorgestellten Objekt die Optimierung der Pflege und die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund stehen.

Herr Holtel zeigt sich wie die anderen Ausschussmitglieder enttäuscht vom vorgestellten Konzept, das von der Qualität nicht an andere im Sozialausschuss vorgestellte Projekte heranreicht. Die geplanten Bedarfszahlen hält er in den nächsten Jahren für nicht realisierbar.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die vorgestellten Planungen zur Seniorenwohnanlage Hemelter Straße/Kardinal-Galen-Ring zur Kenntnis.

9. Gemeinsamer Unterricht (GU) in der Sekundarstufe 1 der Overbergschule Rheine **Vorlage: 265/07**

I/B/2060

Herr Mersch berichtet anhand der als Anlage 2 beigefügten Folien über das Schulprogramm mit dem Schwerpunkt gemeinsamer Unterricht für nicht behinderte und behinderte Schülerinnen und Schüler an der Overberg-Hauptschule in Rheine.

In der anschließenden Diskussion beantwortet Herr Mersch Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Sozialausschuss bedankt sich bei Herrn Mersch für das große Engagement, dass alle Beteiligten bei der Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts an der Overberg-Hauptschule zeigen. Insbesondere die individuellen und gezielten Fördermaßnahmen für die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder werden positiv herausgestellt.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen von Herrn Bernd Mersch, Schulleiter der Overberg-Hauptschule Rheine, über das Schulprogramm mit dem Schwerpunkt Gemeinsamer Unterricht für nicht behinderte und behinderte Schülerinnen und Schüler zur Kenntnis.

10. Handlungsbedarf für Menschen mit Behinderung in der Stadt Rheine
Vorlage: 052/07

II/A/0275

Frau Hake und Herr Thalmann erläutern anhand der als Anlage 3 beigefügten Folien den Handlungsbedarf für Menschen mit Behinderungen. Sie gehen dabei insbesondere auf folgende Punkte ein:

- Freizeit
- Weiterbildung
- Teilnahme/Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft

Anschließend beantworten Frau Hake und Herr Thalmann Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Gieseke ergänzt, dass am Bahnhof ein dringender Handlungsbedarf für Menschen mit Behinderungen besteht. Aus Sicht der Betroffenen ist es nicht zumutbar, dass Rollstuhlfahrer mit dem Lastenaufzug zum Bahnsteig transportiert werden. Der Sozialausschuss spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung zusammen mit der Deutschen Bahn AG möglichst kurzfristig nach Lösungsmöglichkeiten sucht.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zum Handlungsbedarf für Menschen mit Behinderung in der Stadt Rheine zur Kenntnis.

**11. Migrations- und Integrationskonzept der Stadt Rheine
- Fortschreibung 2007
Vorlage: 358/07**

I/A/3000

Frau Ehrenberg führt in das Thema ein und erläutert die wichtigsten Punkte der Vorlage.

Die Mitglieder des Sozialausschusses bedanken sich in den anschließenden Wortmeldungen bei den beteiligten Akteuren für die geleistete Arbeit. Die vorliegende Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzeptes wird ausdrücklich begrüßt und ist Ausdruck der vorbildlichen Arbeit, die in Rheine geleistet wird.

Herr Holtel regt an, die bisher nicht zustande gekommene „Arbeitsgruppe Arbeit“ noch mit Leben zu füllen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt das Migrations- und Integrationskonzept der Stadt Rheine, Fortschreibung 2007, zur Kenntnis und beschließt, die Handlungsempfehlungen im 12-Punkte-Katalog (siehe Kapitel 6, S. 73) zur Richtschnur der kommunalen Migrations- und Integrationspolitik zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem
Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)
- Antrag der FDP - Fraktion vom 20.05.2007
Vorlage: 375/07**

II/B/0480

Herr Holtel erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

In der anschließenden Diskussion wird vereinbart, dass Herr Hagedorn als Geschäftsführer der GAB zu einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses eingeladen wird um über das Thema der Arbeitsvermittlung zu berichten.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion vom 20.05.2007 zur Kenntnis.

Der Sozialausschuss beschließt, auf die Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zu verzichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung

13. Zwischenbericht für das II. Quartal 2007 für den Fachbereich Jugend, Familie und Soziales - Produkte aus der Zuständigkeit des Sozialausschusses - Vorlage: 366/07

II/B/1110

Nach kurzer Diskussion fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den Zwischenbericht für das II. Quartal 2007 für den Fachbereich Jugend, Familie und Soziales - Produkte aus der Zuständigkeit des Sozialausschusses - zur Kenntnis.

14. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

II/B/1120

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

15. Anfragen und Anregungen

II/B/1130

Herr Hemelt regt an, zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses Vertreter der Arbeitslosenberatungsstelle und des Arbeitslosenberatungszentrums des Jugend- und Familiendienstes einzuladen um sich im Hinblick auf eine mögliche Zukunftssicherung über die Aufgaben und Arbeitsweisen zu informieren.

Ende der Sitzung:

18:40 Uhr

gez. Knoop
Ausschussvorsitzende

Mersch
Schriftführer